

Persönliche Erklärung von Birgit Markus zum Brandanschlag vom 14.12.2023

Am 14. Dezember nachts um 03:00 Uhr wurde auf unser Auto ein Brandanschlag verübt. Zeitgleich stand auch das Fahrzeug der Forstrevierleiter in der Wiesenstr. in Flammen.

Die Polizei geht von Brandstiftung aus, denn es wurden jeweils die Hinterreifen der Fahrzeuge angezündet.

Wer diese Fahrzeuge zeitgleich angezündet hat, der wollte keinen Zweifel aufkommen lassen, was gemeint war - nämlich eine Racheaktion gegen die Personen, die sich in letzter Zeit stark gegen die illegalen Ablagerungen am Drehenthalerhof und Weinbrunnerhof engagiert haben. Wir haben das im Rahmen unserer Stadtratstätigkeit getan.

In diesem Zusammenhang kam es vorher bereits zu Bedrohungen, Körperverletzungen und zu Gerichtsprozessen gegen einen Bauunternehmer vom Drehenthalerhof.

Mit dem Anzünden von Fahrzeugen direkt in den Carports neben den Wohnhäusern wurde nun eine neue Eskalationsstufe erreicht.

Ich werte das als Mordanschlag oder zumindest als versuchter Totschlag.

Nur der Freiwilligen Feuerwehr Otterberg ist es zu verdanken, dass diese mit ihrem schnellen und sehr professionellen Einsatz Schlimmeres verhindern konnte. Den Einsatzkräften möchten wir noch einmal unseren Dank aussprechen.

Nach Aussage der Feuerwehr und auch der Sachverständigen der Kriminalpolizei hätte 5 Minuten später unser ganzes Haus in Flammen gestanden und auch das Nachbarhaus. Beide Häuser haben Brandschäden. Ähnlich bei der Familie der Revierleiter.

Dass man sich bei dem Vorgehen gegen die illegalen Ablagerungen in Gefahr begibt war uns bewusst. Es wurden im Vorfeld bereits Drohungen von dem beteiligten Bauunternehmer ausgesprochen.

Dass die Rachefeldzüge nun aber vor solchen Verbrechen nicht zurück schrecken, zeigt wie groß die kriminelle Energie ist, die dahinter steckt.

Doch bin ich der Meinung, dass man sich als Zivilgesellschaft und auch als Mandatsträger nicht davon einschüchtern lassen darf. Denn in welchem Staat wollen wir leben - sicher nicht in einem wo durch Korruption und Bedrohung kein Recht mehr durchgesetzt werden kann.

Hier sollten alle, wenn sie bedroht oder erpresst werden, an die Öffentlichkeit gehen. Nur durch Zusammenhalt vieler können wir etwas erreichen und diesem organisierten Verbrechen entgegenreten.

Wir möchten hier auch unserer Bürgermeisterin danken, die vor Ort war und sofort ein Statement gegen Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger ins Netz gestellt hat und auch Dank an alle, die dies unterstützt haben.

Wir alle müssen daran interessiert sein, dass Otterberg hier nicht traurige Berühmtheit erlangt und als gefährlicher Wohnort erscheint, an dem Recht und Gesetz nicht gelten.